

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

98. Jahrgang.

Freitag, den 14. Februar

1919.

37

Foch und Erzberger.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Was für Forderungen wir von französischer Seite bei den demnächst wieder beginnenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes zu gemäßigten haben, ist der Meinung unfranzösischer Korrespondenten im zweiten Morgenblatt deutlich zu entnehmen: die Forderungen, die der Marschall Foch zu stellen gedenkt, sind so unerhört maßlos, daß auch Frankreichs Alliierte ihnen offen Widerspruch entgegenstellen! Dem Verlangen nach Requisition der russischen Fabriken und nach Auslieferung des gesamten Geschützmaterials der deutschen Artillerie (I) haben sich die Engländer widersetzt; der fortgesetzten wirtschaftlichen Ausplünderung Deutschlands unter dem Vorwande des Waffenstillstandes hat Wilson dadurch ein Hindernis entgegenzusetzen versucht, daß er die Einsetzung eines wirtsch. Ausschusses durchschickte, zu dem alle Großmächte zwei Vollstrecker entsenden, und der für alle nicht rein militärischen Fragen dem Marschall Foch zur Seite gestellt wird. Dem berechtigten deutschen Anspruch genügt auch dies nicht. Denn was wir fordern müssen, ist, daß die wirtschaftlichen Fragen, die Fragen der Lebensmittel-, der Rohstoffversorgung, der Schiffahrt, der Finanzen usw. überhaupt nicht mit der Waffenstillstandsverlängerung verknüpft werden, sondern daß diese Dinge ganz unabhängig von den militärischen Angelegenheiten, die wie mit Herrn Foch zu besprechen haben, von Wirtschaftskommissionen beider Gruppen behandelt werden müssen, als kaufmännische Angelegenheiten vom Kaufmann zum Kaufmann, bei denen zwar der Politik eine Rolle zufällt, aber nicht den Ausschlag gibt. Das müßte erreicht werden können. Denn die Entente weiß heute, daß, wenn sie dem Vorbringen des Bolschewismus in Deutschland entgegenwirken will, sie selbst zwei starke Heilmittel dafür in der Hand hält: Lebensmittel und industrielle Rohstoffe. Die brauchen wir. Aber wir wollen lieber darauf verzichten und die Folgen auf uns nehmen, als daß wir uns noch einmal einer effektiveren Bedingung unterwerfen wie am 16. Januar mit der militärischen Drohung der Nichtverlängerung des Waffenstillstandes diktiert liegen!

Die Frage ist nun: wer führt die neuen Verhandlungen in der ersten notwendigen Sitzung der Selbstbehauptung für uns? Herr Erzberger wird es, dessen sich wir sicher, nicht tun. Er versteht es nicht. Denn wenn er es verstände, wenn er die verhängnisvolle Tragweite der Auslieferung unserer Handelsflotte auch nur annähernd zu übersehen imstande wäre, dann hätte er den unerhörten Vorschlag vom 16. Januar, wie auch vieler andere vorher, nicht unterzeichnet. Das Müßige hierüber haben wir im Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. d. M. eingehend gesagt; ganz ähnlich schreiben auch die „Münchener Neuesten Nachrichten“:

Mit Recht wird namentlich in den unmittelbar an der Handelsflotte beteiligten Kreisen die Frage erhoben, wie ein solches Abkommen, das das letzte Aktium auf unserer Seite gegen ein Unsegenrecht dahingab, überhaupt zustande kommen konnte, ohne daß vorher die deutsche Öffentlichkeit rechtzeitig unterrichtet wurde, und ob bei Entscheidungen von so ungeheurer Tragweite unsere Unterhändler auch die berufenen sachkundigen Stellen zu Rate gezogen haben. Das ist aber in keiner Weise der Fall gewesen. Obwohl Herr Erzberger wissen konnte und mußte, daß bei den neuen Waffenstillstandsverhandlungen die Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands angefallen und daß dabei die Verwendung unserer Handelsflotte in erster Linie besprochen werden sollte, verzichtete er auf die Unterstützung durch Sachverständige und erschien allein in Paris. Erst in letzter Stunde hat er um die Einsetzung sachkundiger Berater, die dann glücklich eine halbe Stunde vor der Unterzeichnung des Abkommens eintrafen, um gerade noch einen nutzlos nutzlosen Protest gegen eine derartige leichtfertige und lausenartige Art der Verhandlungsführung anzubringen. Als Herr Erzberger, der die Verantwortung für das Abkommen zu tragen hat, später in einer Sitzung in Berlin deshalb zur Rede gestellt wurde, als man ihn den Totengräber des deutschen Volkes nannte, soll er erwidert haben, die persönlichen Angriffe ließen ihn kalt. So ist es möglich gewesen, daß ein Mann unter weitesther Zustimmung seiner Vollmachten, verläßt von einer sehr zahlreichen Wissen und Können um das Vorkriegs-Absehlenden Selbstverständigung, in wenigen Stunden Deutschland der einzigen Möglichkeit beraubt ließ, die ihm noch die Wiederaufrichtung aus dem Zustande des Bankrotts erlaubt hätte. — Klagen über das Verlorene sind heute, weil zu spät

erhoben, wirkungslos. Aber Anklage soll erhoben werden gegen den Verantwortlichen, der sich dem deutschen Volk die Schlinge um den Hals legen ließ, die es erhoffen muß. Es ist Pflicht der Reichsleitung, dem Manne, der in einer schwachen Stunde des Prinzen Reg zu einem Amte kam, dem er in keiner Hinsicht gewachsen war, der durch die unaufrichtige Reklamearbeit seines Vorgesetzten sich jeden Tag als Retter des Volkes rühmen läßt, für seine Geschäftsführung zur Verantwortung zu ziehen und ihn ohne Säumen durch eine Prüffrist zu erziehen, die für das schwere Amt des deutschen Verhandlungsführers auch die entsprechenden Qualifikationen besitzt. Herrn Erzberger weiterzustrecken zu lassen, würde die Gefahr neuer Wiederholung des 16. Januar heraufbeschwören. Diese Möglichkeit muß eine sich ihrer Verantwortung bewußte Reichsleitung ein für allemal ausschließen, und wenn sie zögert, es zu tun, muß sie von den Volksvertretern in Weimar mit allem Nachdruck an ihre Pflicht erinnert werden.

Herr Erzberger scheint aber in Wahrheit unermüdlich zu sein! Als die Regelung des Prinzen Reg zurücktrat, blieb er Staatssekretär. Und wenn jetzt die provisorische Regierung Oberst Scheidemann zurücktritt, soll er offenbar wieder Staatssekretär bleiben. Mit oder ohne Vorwissen — und zwar ohne Heber als mit — er bleibt. Zwei Dugend deutsche Dynastien sind leichter zu beseligen als Herr Erzberger. Er bleibt, er soll offenbar auch die Waffenstillstandsverhandlungen weiter führen, er wird Deutschland noch tiefer in den Abgrund führen, niemand ist da, der ihn zur Reue bringt. Und wenn die provisorische Regierung der ihrem Rücktritt jetzt von der Nationalversammlung Indemittat für ihre Verwaltung in den drei ersten Revolutionsmonaten fordern sollte, so würden wir es vielleicht, daß diese Indemittat monios auch für die ganzen Leistungen des Herrn Erzberger bewilligt wird. Aber die Regierung, die bisherige wie die neu zu bildende, wird ihre Verantwortung damit doch nicht los. Sie ist nicht los, wenn sie Herrn Erzberger weiter in seinem Amte läßt, dem er nicht gewachsen ist; sie ist nicht los, wenn sie ihm gestattet, sich weiter als den Befehl ungeschickter Vollmachten aufzuspielen, der, ohne an Instruktionen gebunden zu sein, untrügendem darf, was ihm beliebt. Der Regierung, und insbesondere der Staatssekretäre des Auswärtigen sind mitverantwortlich für das, was im Salonwagen des Herrn Marschalls Foch unter ihrer Duldung geschieht — mitverantwortlich ist vor allem auch das Zentrum, das Herrn Erzberger trotz alledem noch immer stützt. Nur: es müßte jemand da sein, der diese Mitverantwortung real macht, und dieser jemand kann nur die Nationalversammlung sein. Wird sie es tun, und rechtzeitig tun? Wir warten!

Volkshilfe für württ. Kriegs- und Zivilgefangene.

Stuttgart, 12. Febr. Das beharrsamere Schicksal der in Gefangenschaft schmachtenden Volksgenossen hat endlich die Öffentlichkeit beschäftigt und allgemeinen Anteilnahme erweckt. Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hat erst kürzlich mit Frankreich einen Hilferuf an alle Völker der Erde verschickt, in großen Versammlungen in Berlin ist der Ruf „Heraus mit unseren Gefangenen“ erklingen und hat zu machtvollen Entschlüsse geführt, ebenso hat die Bremer Sozialistenkonferenz eine Entschlüsse gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen angenommen. Als württ. Landesgruppe des Volksbundes hat sich kürzlich eine „Volkshilfe für Kriegs- und Zivilgefangene“ gebildet, die im Bestreben, bei den kommenden Verhandlungen über eine Waffenstillstandsverlängerung die Stellung unserer Unterhändler zu stärken, eine Protestkundgebung veranstaltet, zu der am 11. Febr. außer zahlreichen aus der Gefangenschaft Heimkehrern eine gewaltige Schar teilnehmender Angehöriger und Freunde von noch in Gefangenschaft schmachtender im Gustav Sieglehaus sich einfinden. In seiner Begrüßungsansprache betonte Kom. Rat W a n n e r, daß bisher das Interesse für die Kriegsgefangenen Privatangelegenheit gewesen sei, gedachte rühmend der Bemühungen des Prinzen Reg von Baden um unsere Gefangenen und erinnerte an die betäubende Lasten, wie den feindlichen Gefangenen im November 1918 von uns förmlich Empfangen veranlaßt und wie dagegen unsere Gefangenen vom Feind zurückgehalten wurden. Schuld an diesem schmerzlichen Schicksal seien neben der Regierung wir alle, die wir am Zusammenbruch unseres Volkes mehr oder weniger mitschuldig waren. In rührender Zeit seien Anzeichen dafür da, daß der Schwerearmutentausch wieder beginne; aber mit dem allgemeinen Abbruch der Kriegsgefangenen werde

nach Aussagen Erzbergers erst nach Abschluß des Waffenstillstandes zu rechnen sein. Darum gelte es alles zu tun, um den Waffenstillstand zu überdauern und damit der Rückkehr der Gefangenen die Wege zu ebnen. Voraussetzung für Abschluß des Waffenstillstandes sei aber Ordnung und Ruhe im Innern. Bei der Schilderung der unmenschlichen Leiden unserer Gefangenen war der Redner durch wichtige Entschlüsse der Versammlung unterbrochen. Namentlich die Gefangenen, die am Aufbau Frankreichs mithelfen müssen, und die 60 000 in Sibirien Zurückgehaltenen verdienen unsere warme Teilnahme. Jeder müsse mithelfen, um den Frieden zu sichern und damit die 24 000 Württemberger und die 800 000 deutschen Gefangenen Ingefaß der Freiheit wieder zu geben, wozu auch eifrige Sammelthätigkeit und Bereitwilligkeit reicher Mittel vonnöten sei. Nachdem er unter lebhaftem Beifall geschloffen hatte, sprach Hr. Ha a r d t über seine Erlebnisse als Blockgefangener im englischen Konzentrationslager und schilderte die furchtbaren Leiden die erduldet wurden durch die öblige Vernachlässigung der Gefangenen durch die deutsche Regierung. Von der neuen Regierung dürfe man energische Maßnahmen der Blockgefangenen und der Auslanddeutschen verlangen. Ebenso sei nötig, daß wir alle uns wieder bekümmern der Sache zu sein. Von seinen Schicksalen in französischer Gefangenschaft erzählte Hr. Karl Nagel, schilderte das schreckliche Verlangen aller Gefangenen nach Freiheit und die Zwecklosigkeit der Zurückhaltung von Blockgefangenen. In warmen Worten sprach Frau W i e l von dem Leid der verlassenen Frauen und Mütter. Es müsse sich zeigen, daß das Geschick der Gefangenen Volkssache sei, daß die Gleichgültigkeit endlich weiche in weiten Kreisen des deutschen Volkes und daß eine Fülle von Haß und auch von starkem Willen unser Volk bewegen müsse, um den Gefangenen zu helfen. In Bildern wurden den Zuhörern die jämmerlichen Zustände in franz., engl., russischen Gefangenenlagern gezeigt. Weiter sprach Hr. Hans Karl Riedel von seiner Gefangenschaft in den Kolonien und auf der Insel Man und beklagte tief die Verhöhnung und Ineffizienz der Deutschen gegenüber ihren Gefangenen. Von namenloser Willkür, von schrecklichen Entbehrungen, von trostlosen hygienischen Zuständen, von Kälte und Hunger und Krankheit wußte Hauptmann Nagel aus russischer Gefangenschaft zu erzählen und in ergreifenden Mahnworten die Zuhörer zu alles ansehender Arbeit für die Gefangenen anzuapornen. Seine Rückkehr aus englischer Gefangenschaft im Februar 1919 erzählte Hr. Heintze, während Dr. A. Riedel von seinen Erlebnissen in russischer Zivilgefangenschaft berichtete. Letzterer wies besonders darauf hin, wie mit dem schwindenden Kriegsglück und mit der Umwälzung in Deutschland die Behandlung der russischen Bolschewiken immer härter geworden sei.

In einem Schlusswort machte R. Rat W a n n e r bekannt, daß die Postvereinbarung mit den in Sibirien weilenden Gefangenen wieder möglich sei. Er schlug dann folgende Entschlüsse vor, die allgemeinen Beifall fanden: „Die in Stuttgart tagende Versammlung von weit über 2000 Angehörigen deutscher Kriegs- und Zivilgefangener fordert mit Entschiedenheit die sofortige Zurückhaltung aller Kriegs- und Zivilgefangenen. Mit Entschluß vermahnt sie sich gegen die unvorsichtige Behandlung derselben, überzeugt, daß die ganze gefüllte Welt sich diesem Posten anschließen wird. Die weitere Zurückhaltung der Gefangenen kann nur neuen unaufrichtigen Haß rufen, erstickt den großen Gedanken eines abkräftigenden Weltfriedens in seinem Keime und macht ihn für alle Zeiten zunichte.“ — Mit warm empfundenen Worten schloß der Redner die machtvolle Kundgebung u. forderte zu eifriger Sammel- und Werbdthätigkeit auf.

Die Erpressungstätigkeit der Entente.

Berlin. Unter der Überschrift „Neue Drohungen gegen Deutschland“ heißt es im „Vorwärts“: Nach den Vorbereitungen und der lärmenden Stimmungsmache in Paris ist mit einer neuen harten Erpressung gegen Deutschland, mit einer weiteren schweren Verletzung unseres kaum noch aufrecht zu erhaltenden Nationallebens zu rechnen. Deutschland hat alles getan, um seine Gegner zu befriedigen. Es schreit, daß in Paris der Wille der Vernichtung härter ist, als der Geist der Versöhnlichkeit, auf dem der Frieden der Welt und der Völkerbund aufgebaut werden sollen. Unsere Waffenstillstandsdelegierten werden sich in die Lage versetzt haben, die Gegner auf die ungeheuren Gefahren einbringlich aufmerksam zu machen, die aus ihrem Verhalten für Deutschland und für den Frieden erwachsen müssen. Sie werden von der Entente verlangen müssen, daß sie auf den rein



millitärischen Charakter des Waffenstillstandsvertrags zurückkommt und daß dieser nicht verlangt, was über den Rahmen lediglich militärischer Maßnahmen zum Schutz der alliierten Armeen hinausgeht. Insbesondere werden die Verwahrung dagegen einlegen müssen, daß man durch neue schwere Forderungen dem Frieden vorgeht und jetzt schon durch einseitiges Diktat all das zu erreichen sucht, was erst durch die Friedensverhandlungen festgelegt werden muß.

Mit jedem neuen Tag, heißt es im „Berliner Lokalanzeiger“, schraubt die Entente ihre wuchernden Forderungen höher, obgleich sie weiß, daß Deutschland sein Bestes hergibt, um seine ausgefallenen Wechsel nach Kräften einzulösen. Wir meinen, Deutschland ist an der Grenze angekommen, wo er für jeden anständigen Deutschen, ganz gleich welcher Partei, endlich heißen muß: Bis hierher und nicht weiter!

Die „Tägl. Rundschau“ fragt: Wie lange noch soll die Erpressung der Entente weitergehen?

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird zu der Nachricht, daß die Reichsregierung ihre Zustimmung zu den zu erwartenden verschärfsten Bedingungen der Entente von der besonderen Stellungnahme der Mehrheitspartei abhängig machen wolle, gesagt: Die Regierung ist zwar entschlossen, sich diesmal im Gegenstoß zu den bisherigen Waffenstillstandsverhandlungen unter allen Umständen das letzte Wort vorzubehalten, das von deutscher Seite zu fallen hat. Da indessen zu Beginn der Verhandlungen die neue Reichsregierung gebildet sein wird, die sich aus den Mehrheitsparteien zusammensetzt, so erübrigt sich eine besondere Befragung der Fraktionen von selbst. — Weiter heißt es in der „Deutschen Allg. Zeitg.“: In der Frage der Kriegsschadigungen stehen sich zwei Auffassungen entgegen. Nach der von England vertretenen Formel soll Deutschland gezwungen werden, ohne Unterschied alle Kriegskosten zu tragen, also die durch Zerstörung und Entziehung entstandenen Schäden ebenso zu ersetzen, wie die Ausgaben, die zur Erzielung des Sieges notwendig waren. Da in diesem Fall der Gesamtbeitrag 1000 Milliarden überschreiten würde, wäre eine verhältnismäßige Herabsetzung unumgänglich. Die amerikanische Auffassung will Schadensersatz für die erste Kategorie fordern.

Tagedneuigkeiten.

Aus Weimar.

Berlin. Das Diktatgesetz der Nationalversammlung dürfte, laut „Berl. Tageblatt“ für die Abgeordneten eine Aufwandsentschädigung von 1000 Mk. im Monat vorsehen. Für jeden veräumten Sitzungstag sollen 30 Mk. abgezogen werden.

Ueber den Arbeitsplan der Nationalversammlung in den zwei nächsten Tagen werden die Parteiführer heute Vormittag endgültig Beschluß fassen.

Laut „Vossischer Zeitung“ solle es gestern wieder fraglich geworden sein, ob hier nur Scheidemann sprechen wolle oder noch ihm noch der Staatssekretär des Reichens Graf Brockdorff-Rangau.

Hindenburg in Kolberg.

Berlin. Zur Ankunft Hindenburgs in Kolberg gestern Nachmittag war die Stadt reich besetzt. Der Magistrat, die Behörden, das Militär hatten Vertreter zur Begrüßung zum Bahnhof gesandt.

Radek verhaftet.

Berlin, 12. Febr. Der russische Bolschewistenführer Radek ist von der Berliner Kriminalpolizei entdeckt und verhaftet worden.

Berlin. Zur Verhaftung Radeks wird in den Morgenblättern mitgeteilt, daß die große Zahl der Schriftstücke und Flugblätter, die in seiner Wohnung vorgefunden und beschlagnahmt wurden, bereits erkennen lassen, daß Radek die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht für verloren gab. Im März sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer spartakistischer Aufstand nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutsche Ölgrenze vorzudringen sollte. Radek ging in allen möglichen Verbindungen, auch in deutscher Uniform. Mit ihm wurde auch seine Sekretärin und seine Stenotypistin verhaftet.

Zum Tode Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Berlin, 12. Febr. Die „Rote Fahne“ enthält heute unter Namensnennung gegen eine Anzahl Offiziere und Soldaten die Anschuldigung des Mordes, begangen an Liebknecht und Rosa Luxemburg, bezw. Beihilfe dazu. Der „Vorwärts“ gibt auszugeweiht diese Anschuldigung wieder und fügt hinzu: Es läßt sich nicht verkennen, daß dies außerordentlich schwere Anklagen sind. Wir verlangen strengste Untersuchung dieser Beschuldigungen. Die sehr detaillierte Darstellung der „Roten Fahne“ läßt darauf schließen, daß sie Beweismaterial in Händen hat. Dieses Beweismaterial muß aufs genaueste geprüft werden. Beifolgt sich der behauptete Sachverhalt, so ist gegen die Schuldigen mit der vollsten Strenge des Gesetzes rückhaltlos vorzugehen.

Das Volksherr.

Berlin. Ueber das Regierungsprogramm heißt es in einem Bericht des „Vorwärts“: Ein neues Volksherr soll auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Ein Institut, das das Wertvolle in der Tätigkeit der Soldaten-

räte mitübernimmt, ohne jedoch dadurch die Disziplin und die Leistungsfähigkeit der Truppen zu gefährden, ist vorgesehen. — Die gebundene Wirtschaft bleibt solange erhalten, bis Angebot und Nachfrage namentlich in Lebensmitteln sich ausgeglichen haben. Im übrigen soll mit aller Kraft am Wiederaufbau des Verkehrs- und des Wirtschaftslebens gearbeitet werden. Daran schließen sich das bereits von Ebert mitgeteilte Bekenntnis zur Sozialisierung und die sozialen Forderungen für das gesamte Arbeiterrecht; die Arbeitslosen, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Beamten aller Art, die Wohnungsfürsorge, den Säuglings- und Mutterchutz, die Jugendfürsorge. In der Außerpolitik soll auf möglichst raschen Friedensschluß und auf Gründung des Völkerbunds hingearbeitet werden. Seine Kolonien und seine Kriegesgefangenen verlangt Deutschland zurück. — Am Freitag wird nach einem kurzen Finanzprospekt des Reichsfinanzministers Schiffer die politische Parteidebatte beginnen, in der zunächst die Vertreter der Opposition das Wort erhalten sollen.

Die Lage in Hamburg.

Hamburg, 13. Febr. Für gestern Abend war noch dem Zirkus Borch eine Versammlung der Kommunisten einberufen, die aber wegen des vorgestern verhängenen Beschlagnahmestandes nicht stattfinden konnte. Ein Teil der Enttäuschten drang auf die Schließung verschiedener Lokale in St. Pauli und anderswo, des Trichters und des Operetten-Theaters. Sie begaben sich dann vor das Stadthaus, wo die Sicherheitsmannschaften entsprechende Verkehrungen getroffen hatten. Es wurden einige Schreckschüsse abgegeben, worauf sich die Menge entfernte.

Hamburg, 13. Febr. Der Ausstand der Hoch- und Straßenbahnangehörigen dauert fort. Die Verhandlungen zwischen den Direktoren und den Angestellten vor dem Arbeiterrat ergaben keine Einigung in den Lohnforderungen. Der vom Arbeiterrat abgegebene Schiedsspruch wurde von den Angestellten abgelehnt und verlangt, daß der Arbeiterrat auf Grund der alten Forderungen nochmals verhandeln und einen neuen Schiedsspruch fällen solle.

Gegen Spartakus.

Berlin. Im Sennelager wurde nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Bielefeld ein Spartakistenpaar durch ein regierungstreues Bataillon verhindert, das das spartakistische Wachkommando umzingelte und 300 Mann festnahm. Maschinengewehre, Handgranaten und Infanteriemunition, die die Spartakisten in Massen beschafft hatten, wurden beschlagnahmt, Schießereien wurden vermieden.

Aus Hannover wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ gemeldet: Ein Spartakistenpaar von 150 Mann war vom Sennelager bei Vahnborn aufgebrochen, um einen Raubzug in Wälden auszuführen. Auf die telegraphische Nachricht wurden in den verschiedenen Orten, die die Truppe passieren mußte, dem Gefindel Leute mit Handgranaten entgegengeführt, die die Spartakisten sehr bald zerstreuten, so daß sie ihren Plan nicht zur Ausführung bringen konnten.

Französische Kultur im Saarbecken.

Berlin, 13. Febr. Unter dem Schutze der Verkehrsperre und eines von der Zensur gelegten Schleiers fühlen sich die Franzosen in Saarbrücken augenscheinlich so ganz unter sich, daß sie jede Kulturmaske abwerfen und sich Handlungen erlauben, die tatsächlich das Licht der Welt scheuen. Zwei neue, daraus verbürgte Fälle mögen das illustrieren: Geh. Baurat Gehrke wurde vom französischen Kriegesgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich darüber beschwert hatte, daß ein bei ihm einquartierter französischer Offizier seine Koststesse mißbrauche und in dem von der Gieseler'schen Familie bewohnten Haus unterbrachte. — Gleich nach dem Einrücken der franz. Besatzung wurde dem Oberbürgermeister von Saarbrücken durch den befehligenden General aufgegeben, vier passend gelegende Häuser von ihren Bewohnern räumen und als Bordelle einzurichten zu lassen. Bei der notwendigen Ausführung des Befehls wurden 24 Familien auf die Straße gesetzt und wurden in der überfüllten Stadt zunächst obdachlos.

So sieht also die gepriesene Kultur aus, mit der die Franzosen auch im Saargebiet moralische Eroberungen machen wollen. Vom deutschen, allerdings ganz andersartigen Kulturstandpunkt aus, nennt man solche Dinge unerschwinglich und schamlos und verabscheut sie umso mehr, wenn sie nicht irgend einem in der Klasse verschwindenden Individuum, sondern, wie in diesen Fällen, französischen militärischen Standespersonen zur Last fallen.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 14. Februar 1919.

Postbestimmung. Auf den Postkarten nach der franz. Besatzungszone ist stets der Abien der anzugeben.

Verkehr mit Preussisch-Polen. Nach den von den Posten delegierten preussischen Beamten (östlicher Teil des Ostpreussischen Bezirkes Posen und südlicher Teil des Ostpreussischen Bezirkes Bromberg) sind nur noch offene Geschäftsbriefe, Postkarten u. d. dergleichen, sowie Zeitungen zu lassen. Der Privattelegramm- und Fernsprecherkehr sowie der Paket- und Zustellungssverkehr mit diesen Gebieten sind eingestellt.

Die Sommerzeit 1919. Noch vor der Umwälzung sind die Regierungen der Bundesstaaten vom Reich aufgefordert worden, sich in einem Gutachten darüber zu äußern, ob sie die Sommerzeit zu einer dauernden Einrichtung machen wollen oder nicht. Diese Gutachten

äußerungen sind in den letzten Tagen abgegangen. Die bayrische Regierung hat sich, wie die Münchener Augsburger Abendzeitung berichtet, in ihrem Gutachten auf einen die Sommerzeit ablehnenden Standpunkt und damit auf die Seite der überwiegenden Mehrheit des Volkes gestellt.

Die Langzeit. Unter der Ueberschrift: „Ein dringendes Vergeiß“ erscheint im „Merkur“ ein Aufsatz, dessen Schluß folgendermaßen lautet: Die Schwaben zogen einst mit der Reichsflur voran im hellen Haulen, jetzt hinken sie hinterdrein und begnügen sich mit einem „1. Stuttgarter Balkomite“ mit „Soldatenböcken“ und „Langzeit“. Aus München wird der Hoff. Zeitung folgende Geschichte geschrieben: „Von dem allgemeinen Langzeiter, der auch München in einen Langzeiter verwandelt, ist auch der Ministerpräsident Kurt Eisner erlöst worden. Im Landtagsgebäude fand eine Langzeiterhaltung statt. An der Spitze der Polonaise tanzte Kurt Eisner. Im Ministerium des Reichens war ein Langzeiter der ministeriellen Schwabacher, bei dem Kurt Eisner und Frau mitwirkten.“ Schwaben heraus! Kann Herr Wilhelm Bion nicht wozeln — eine Polonaise wird er fertig bringen! Oder er lasse sich vertreten durch Herrn Hymann, der ja den Kultus unter sich hat. Niemals aber fehle Herr Fiesching, der Finanzminister, denn im Lande geht das unerbürdige Gerücht, ihm fehle das Geld und er lasse Steuern. Wir schlagen ihm ein Gesetz vor: 1. Jeder Staatsbürger und jede -bürgerin hat ein Recht auf ungehinderten Lang; 2. von allen öffentlichen Langzeiterhaltungen sind 90% der Gesamteinnahme an den Staat abzuführen; 3. bei allen nicht öffentlichen Langzeiterhaltungen in Gesellschaften, Vereinen u. dergl. sind für jeden Quadratkilometer benutzter Bodenfläche und für jede Stunde 200 Mk. an die Staatshöhe zu entrichten; 4. für Maskenbälle kommt der Ziffer 2 eine vom Usternnehmer zahlbare Abgabe von 100 Prozent der Gesamteinnahme hinzu, bei 3-er 3-er doppelte Maß der dort vorgesehene Satz; 5. das Gesetz tritt sofort in Kraft. Wir empfehlen Herrn Fiesching dieses Gesetz, er möge es vertreten bis zum nächsten und lasse es auf das Referendum ankommen. Dann wird sich zeigen, wie das Volk in dieser Sache denkt.

Sparkassenbestände im Jahre 1918. Die Sparkassen des Reichsgebiets hatten durchschnittlich im abgelaufenen Jahre erhebliche Zunahmen der Einlagen zu verzeichnen. Eine vorläufige Aufstellung in der „Sparkasse“ von Landbankrat a. D. H. Kusch, die nur 13 Sparkassen umfaßt, weist für diese bereits eine Jahreszunahme von 1 1/2 Milliarden auf. Die Einlagen waren von 3828 Millionen auf 5164 Mill., also um 32%, gestiegen. Die einzelnen Guthaben müssen sich zumist nicht unbedeutend vermehrt haben, denn die Zunahme der Sparbücher beträgt im ganzen nur 10%.

Umsatzsteuer. Das Reichsfinanzamt erläßt bezüglich der Umsatzsteuer die Mitteilung: In den beteiligten Kreisen besteht vielfach die Ansicht, das am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzgesetz werde infolge der Erleichterung der letzten Wochen nicht ausgeführt werden, insbesondere sei eine Erhaltung der Vorschriften über die Buchführung und die Berücksichtigung zur Steuererklärung nicht erforderlich. Auch die mit der Veranlagung verbundenen Verbindungen sollen infolge der Durchführung des Gesetzes, insbesondere die Erziehung der monatlich fälligen Zusatzsteuer, lässiger betreiben. Es ist jedoch ausdrücklich, daß gerade in der gegenwärtigen Lage des Reichs auf eine möglichst vollkommene Ausführung des Umsatzsteuergesetzes — und daselbe gilt von allen anderen Reichsteuern — der allgeringste Wert gelegt werden muß. Das Reichsfinanzamt hat die Bundesregierungen durch Rundschreiben ersucht, die Steuerbehörden wie die Steuerpflichtigen in eindringlichster Form hierauf hinzuweisen.

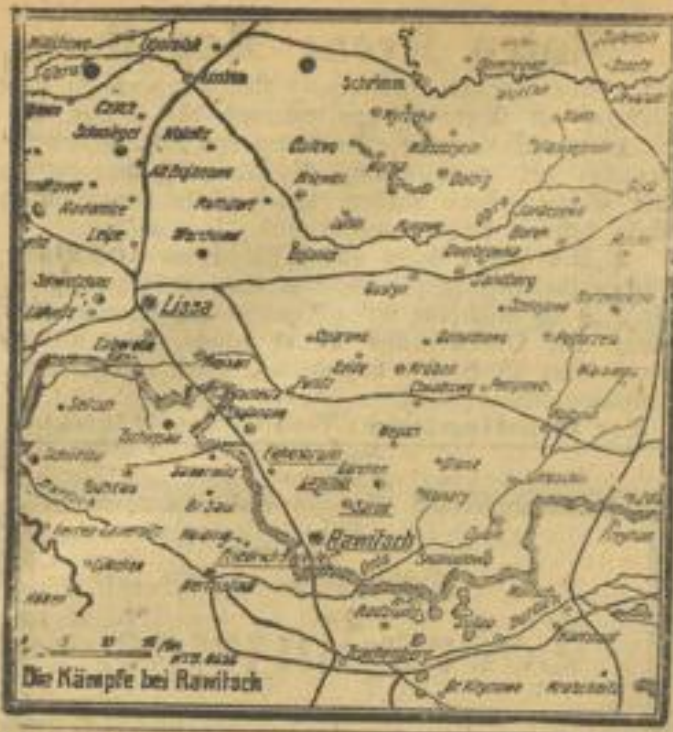
Die Lage in den Kohlenrevieren. Die Nachrichten von der Beendigung des Bergbaustrikes in Oberschlesien berechtigt leider nicht zu der Hoffnung, daß sich die Kohlenversorgung Deutschlands nunmehr alsbald bessern werde. Die durch die umfangreichen Abgaben von Lokomotiven an die Entente hervorgerufenen Transportschwierigkeiten machen sich in allen Kohlenrevieren immer mehr fühlbar. Dies zeigen folgende Zahlen aus dem besten Revier, den größten Steinkohlenrevieren: Während am Montag den 3. ds. Mts. im rheinisch-westfälischen Bezirk die Eisenbahnwagenstellung die im Vergleich zur letzten Woche größte Ziffer von 18 160 Wagen aufwies, ist sie im Laufe der Woche ständig, bis auf 12 550 am Freitag, den 7. ds. Mts. zurückgegangen. In Oberschlesien ist eine Abnahme von 4568 Eisenbahnwagen am Montag auf 3097 am Freitag zu verzeichnen. In transportunfähigen Zeiten während des Krieges haben die Wagenstellungen für Westfalen etwa 35 000, für Oberschlesien etwa 12 000 Wagen täglich betragen. Aussicht auf baldige Besserung der Transportverhältnisse besteht zurzeit noch nicht.

Aus dem übrigen Württemberg.

r Neubach O. A. Neuenbürg. In dem von der Witwe Justine Bucher und ihrem Sohn Ernst Bucher bewohnten Doppelwohnhaus nebst angebauter Scheuer brach Feuer aus, dem die beiden Gebäude zum Opfer gefallen sind. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

r Leonberg. Der gestrige Pferdemarkt hatte einen enormen Besuch zu verzeichnen. Schon am Montag trafen zahlreiche Marktbefucher und auch Pferde ein. Es mußte für Privatkarrieren gefordert werden. Am gestrigen Markt kamen viele Pferdebesitzer aus der näheren und weiteren Umgebung mit dem Schlitten. Der Zug von Calw brachte über 800 Personen. Der Ertrag, der um 10 Uhr kommen sollte, kam um 1/2, 12 Uhr. Nicht wenige

ungen. Die Augsbu... einen die... auf die... gestellt. Die... Aufsatz... haben gegen... Hausen... mit einem... "und... Zeltung... Kampfs... ist, ist... worden. Im... statt. An... Minister... Serieken... "wagten." Dies nicht... en! Der... ja den... Erschlag... unvorstell... uen. Die... dinger... den Tag;... sind 90%... n; 8. bei... eßlichen... er benutzt... die Staats... t bei Ziffer... 100 Pro... doppelt... ist sofort... in... Seize, er... es auf das... n, wie das... Die Syn... dgeant... wzeichnen... von... schen un... von 1 1/2... 8 Millionen... einzeln... vermehrt... ist im gen...



Die Kämpfe bei Rawitsch

Die 1700 Personen entliehen dem Zug. Die Infanterie hat über 1000 Stöße getragen. Das Pferdewerkzeug war sehr wertvoll. Neben besseren Exemplaren war der leichtere Schlag stark vertreten. Ganz kleine Pferde waren ebenfalls viele da, auch Maulesel ganz zu kaufen. Die Preise waren sehr hoch, was auf den großen Bedarf zurückzuführen ist. So wurde, wie wir der Leonberger Zeitung entnehmen, ein Paar Pferde, durchaus nicht erstklassige Ware, für 18 000 A verkauft. Den Kriegsteilnehmern unter den Pferden sieht man die Strapazen noch deutlich an. Die Mäule, die morgens grünlich war, wurde durch Sonnenschein bald gelblich, was auf den Marktwertverlust vorteilhaft einwirkte. In den Straßen wimmelte es von Marktsuchern und alle Wirtschaften waren überfüllt. Der gestrige Pferdemarkt war wohl der besuchteste, den die Oberamtsstadt je einmal gesehen hatte, aber auch was die Preise anbetrifft, hat er alle seine Vorgänger geschlagen. Selbst für Schlachtpferde wurden bis zu 1000 A geboten. Bis zum Einbruch der Dunkelheit blieben noch zahlreiche Pferde auf dem Markt. — Ein Marktsucher fand zu seiner Überraschung seinen Fuchsen samt Wagen wieder, der ihm vor vier Tagen in Kornwestheim gestohlen wurde.

Eingefandt.

Auf das im vorgestrichenen Geschäftsalter enthaltene Eingefandt betreffend die zukünftige Behandlung der Jagd im Stadtwald, das hat der Unterschicht: „im Sinne vieler Bürger“ wahrheitsgemäßer die Unterschrift tragen würde: „Einige Jagdliebhaber aus der Umgegend“ habe ich in sachlicher Hinsicht folgendes zu erwidern: Ein großer Teil des Stadtwaldes stockt auf den Wäldern des oberen Aufschlusses. Auf diesen Wäldern leidet die Kottanne, die gegenwärtig noch die Hauptbeschäftigung bildet, sehr stark unter der Notfalle, so daß ein großer Teil des Holzes nicht mehr als Brennholz brauchbar ist, sondern nur noch als Brennholz verwertet werden kann. Das bedeutet schon im Frieden einen Verlust von 10 bis 15 A für jeden wegen Notfalle nicht als Brennholz brauchbaren Hektar Holz und hat für die Stadt bei der großen Ausdehnung der in Betracht kommenden Flächen große finanzielle Verluste zur Folge. Aus diesem Grunde soll bei der Verjüngung der betreffenden Bestände in Zukunft nicht mehr die Kottanne sondern die Weisstanne die vorherrschende Holzart bilden. Sie eignet sich hervorragend für diese Wälder, gedeiht prächtig und bleibt gesund. Außerdem bereitet ihr Anbau wesentlich geringere Schwierigkeiten als der der Kottanne. Die Weisstanne kann unter dem Schutz des alten Bestandes gelöst bzw. gepflanzt werden, so daß beim Abtrieb des Altholzes der neue Bestand bereits vorhanden ist, während die Fichte, da natürliche Verjüngung wegen des verfallenen Zustandes der Bestände nicht mehr möglich ist, auf der Rohfläche gepflanzt werden

Bekanntmachung

des Kriegsministeriums Nr. 9735 R. 1 und 2 vom 10. 2. 1919.

Unter Berücksichtigung der knappen Bestände an Bekleidung erhalten Entlassungsbewerber, sofern sie bedürftig sind und deshalb nicht in der Lage sind, sich einen Anzug zu beschaffen, a. die Kriegsausgaben des Mannschaftsstandes, welche 50 Prozent nach mehr erwerbsunfähig sind und am 1. April 1918 oder später entlassen sind; b. alle am 1. 7. 18 oder später entlassenen Mannschaften, sofern sie länger als 6 Monate gedient haben und im Felde waren; c. die unfähig zur Entlassung kommenden Mannschaften, sofern sie älteren Jahrgängen als 88 angehören oder mindestens 12 Monate gedient haben und im Felde waren.

Die entgegenstehenden, seither ergangenen Verfügungen werden aufgehoben.

Um noch weitere Angehörige machen zu können, hat sich der Landesausw. durch Vermittlung des Zentralrates an das Reichsamt wegen Ueberweisung der erforderlichen Bestände gewandt.

Suche der unter a und b Aufgeführten sind unter Beschluß einer Bedürfnisprüfung des Schultheißenamts (Bescheinigung einer anderen Bedürftigkeit genügt nicht) — bei deren Ausstellung nicht nur das Vermögen, sondern auch der Verdienst zu berücksichtigen ist — und einer Bescheinigung darüber, daß sie nicht in der Lage sind, sich einen Entlassungsantrag zu beschaffen, an das zustehende Bezirkskommando zu richten. Die unter c Genannten erhalten einen Entlassungsantrag im Falle der Bedürftigkeit von den entlassenen Truppenleitern.

Der Entlassungsantrag besteht aus: eine Feldkarte, eine Feldblüte, eine Münderhose (ohne Hosen für Bekleidung abgegeben werden ohne Bezug), einen Mantel, ein

Paar Infanteriestiefel oder Schnürschuhe (zu Hosen für Bekleidung abgegeben) ein Paar Strümpfe oder Fußlappen, ein Hemd, eine Unterhose, eine Halsbinde und ein Paar Handschuhe. Es besteht Anspruch nur auf brauchbare, jedoch nicht auf neue Stücke.

Die noch vorliegenden Gesuche um ausnahmsweise Bewilligung von Entlassungsausgaben finden durch Vorstehendes ihre Erledigung.

Der Kriegsminister: Herrmann. I. A. d. S. Württemberg: Der 2. Vorsitzende: Schäffer.

Das zur Entgegung in sachlicher Hinsicht. Auf die persönliche Anfrage der Empfänger einzugehen, halte ich unter meiner Würde. Ich überlasse das Urteil darüber ruhig den Gemeindegliedern und der Bürgerchaft von Nagold. Das die sachlichen Gründe auf wackeligen Füßen stehen, wenn man persönlich wird und wer seinen Nebenmenschen verdammt, ohne den mindesten Beweis dafür in der Hand zu haben und nicht einmal das bishen Charakter und Wert zusammenbringt, mit seinem Namen für das einzustehen, was er sagt, der richtet sich in den Augen jedes anständigen Menschen von selbst.

Direkt. Rät. Oberförster.

Letzte Nachrichten.

Das neue Reichsministerium. Weimar, 13. Febr. (W.B. Drahtverl.) Endgültige Liste des Reichsministeriums: Präsident des Reichsministeriums: Schrödermann. Sein Vertreter zugleich Minister für Finanzen: Dr. Schiffer. Antwärtig: Graf Brockdorff-Rantzau. Innen: Dr. Bruns. Reichswehrministerium: Bauer. Reichswirtschaftsministerium: Wiffell. Reichsernährungsministerium: Schmidt. Reichs-

Justizministerium: Dr. Jauchberg. Reichswehrministerium: Koste. Reichskolonialministerium: Dr. Sell. Reichspostministerium: Siebert. Reichsdemobilisierungsministerium: Koch. Ferner drei Minister ohne Amt: Dr. David, Erzberger, Gué.

Die Strohburger Presse verlangt, daß Rehl nicht mehr an Deutschland zurückfallen, sondern für immer zu Strohburg geschlagen werden solle.

Romno ist von den Bolschewiken befreit worden.

Die der „Temps“ mitgeteilten, werden die neuen Waffenstillstandsbedingungen sehr schärf sein. Die gesamte deutsche Artillerie soll gefordert werden, dagegen keine Maschinengewehre. Der Stand des Heeres soll 25 Divisionen betragen.

Die Nach... streiks... in... führung, daß... als bald... werden von... Transport... immer... aus dem... am Montag... Bezirk die... zur letzten... wies, in... am Freitag... effen ist... Montag auf... ursprünglichen... gestaltung... einen... noch nicht.

Grundstücks-Versteigerung. Die Erben der Katharine Wagner, Tuchmachers Witwe bringen zur öffentlichen Versteigerung: Gebäude Nr. 451 und P. Nr. 38 2 a 49 qm Wohnhaus, Schöner Hof und Gemüsegarten an der Waldschlothe, P. Nr. 4430 30 a 75 qm Acker hinter Burg und 470 7 a 02 qm Acker hinter dem Fernberg. 1. Termin: Samstag 15. Februar Abends 5 Uhr 2. " " 22. " " 5 " Den 10. Februar 1919. Grundbuchamt: Papp.

Bekanntmachung. Die Regierung des Schwarzwaldbereiches hat am 11. Februar 1919 die Wahl des Verwaltungskandidaten Christoph Schmid von Schönbach, Oberamts Böblingen, zum Ortsvorsteher der Gemeinde Rohrdorf bestätigt. Nagold, den 18. Februar 1919. Oberamt: Rilling H. S.

Versteigerung. Verkauf wegen Zahlungsunfähigkeit am Samstag, den 15. Februar 1919, nachmittags 2 Uhr 2 starke Zweifspannerlesterwagen (darunter 1 Langholzwagen), 1 starken Zweifspannerfuhrschlitten (auch Umtriebs gegen einen Schwächeren), ferner 1 großes Säulenfaß (1000 l haltend) und 2 Pflüge. Liebhaber sind eingeladen. Marie Fefele Witwe.

Die Strohburger Presse verlangt, daß Rehl nicht mehr an Deutschland zurückfallen, sondern für immer zu Strohburg geschlagen werden solle.

Romno ist von den Bolschewiken befreit worden.

Die der „Temps“ mitgeteilten, werden die neuen Waffenstillstandsbedingungen sehr schärf sein. Die gesamte deutsche Artillerie soll gefordert werden, dagegen keine Maschinengewehre. Der Stand des Heeres soll 25 Divisionen betragen.

Reinhardt, Witter am Samstag und Sonntag, Ueberweg zu Tauscher.

Antliches. Oberamt Nagold. Laut Erlass des Arbeitsministeriums vom 8. Februar d. J. Nr. 2045 wird zu der Ueberweisung bei kommunalen Notstandsarbeiten in Reichsbeitrag von 50% und ein Staatsbeitrag in der voranschläglichen Höhe von 33 1/2% bewährt, und zwar soweit die Arbeiten bis zum 15. Juli d. J. ausgeführt sein werden. Eine Ueberweisung wird angenommen, soweit die Kosten diejenigen des letzten Fiskusjahres um mehr als 40 v. H. übersteigen. Den 12. Februar 1919. Rilling H. S.

Bekanntmachung. Die Regierung des Schwarzwaldbereiches hat am 11. Februar 1919 die Wahl des Verwaltungskandidaten Christoph Schmid von Schönbach, Oberamts Böblingen, zum Ortsvorsteher der Gemeinde Rohrdorf bestätigt. Nagold, den 18. Februar 1919. Oberamt: Rilling H. S.

Versteigerung. Verkauf wegen Zahlungsunfähigkeit am Samstag, den 15. Februar 1919, nachmittags 2 Uhr 2 starke Zweifspannerlesterwagen (darunter 1 Langholzwagen), 1 starken Zweifspannerfuhrschlitten (auch Umtriebs gegen einen Schwächeren), ferner 1 großes Säulenfaß (1000 l haltend) und 2 Pflüge. Liebhaber sind eingeladen. Marie Fefele Witwe.

Wödingen. Im Samstag Mittag 1 Uhr bringt zum Verkauf: 1 aufgemachte Leiterwagen, 1 Metzgerwagen, 1 Fuhrschlitten und 1 Rennschlitten. Ernstine Müller Wwe. im Ort.

Rauch-Tabak garantiert rein ohne jede Beimischung von Ersatzstoffen, empfiehlt billigt. Wiederverkäufer erhält Extrapreise. Alfred Lutz, Galw Lederstr. 96, Tel. 6.

Landw. Bezirksverein Nagold.

Es besteht unter Umständen die Möglichkeit, Heres-
gut verschiedener Art zu erwerben.
Anmeldungen wollen bis 16. d. Mts. spätestens beim
Herrn Vereinssekretär, Obergeometer Götner in Wild-
berg gemacht werden.

Verzeichnis:

1. Landw. Maschinen und Geräte aller Art.
2. Maschinell. Einrichtungen für landw. Indu-
strien (z. B. Brennerien, Molkereien,
Mühlentrieben).
3. Strohmaterial.
4. Werkzeuge: z. B.

Schaukelhelle	Spaten
Axthelle	Schaukeln
Reißhelle	Mauerhämmer
Sensenamböge	Handhämmer
Sensenwehlein	Flaschenzüge
Schubkarren	Reiten, 6-10 mm
Kreuzspaden	Seugabeln.
Axte	
5. Pumpen.
6. Fruchtmaterial.
7. Siebe.
8. Eingännungsmaterial:
Draht, Drahtgeflechte.
9. Beschläge.
10. Fahrzeuge und Geschirre.
11. Satteln.
12. Lokomobilen.
13. Futtermittel:
Heu, Stroh, Laubheuhausen,
Hundekuchen.

Nagold, den 13. Febr. 1919.

Der Vereinsvorstand:
Dr. K. Haer.

Freie Schuhmacher-Innung Nagold

Nächsten Sonntag den 16. ds. Mts.
findet im Gasthaus von Albert Zug in Altensteig
nachm. 2 Uhr eine

Versammlung

hat.
Zahlreiches Erscheinen ist wegen wichtiger Besprechung
betr. Einkaufsgenossenschaft dringend notwendig.
Der Ausschuss

Welcher Schreinermeister liefert

Schlaf- und Wohnzimmer
in eiche und nußbaum roh.
Holz wird auf Wunsch zugeschnitten zugestellt,
massive Frieße für Türen und Bettladen.
Auch suchen wir mehrere gut gearbeitete
Zimmer gegen Rassa zu kaufen.

A. Rath & Sohn, Möbelfabrik in Rottweil a. N.

Architekt Otto Junge, Eßlingen

Spezial-Büro für Fabrikbauten aller Art
empfiehlt sich
für alle im Bauwesen vorkommenden Arbeiten wie
Planfertigungen, Bauführung und Abrech-
nungen. Reiche Erfahrung speziell im Fa-
brik-, Kolonie- und Wohnhausbau.
Erstklassige Referenzen von Fabrikanten, Be-
hörden und Privat-Leuten.
Öffentliche Wettbewerbs-Erfolge. Hygiene-
Ausstellung Stuttgart 1914 Ehren-Diplom.



Schietingen.
Verkaufe am nächsten Montag
mittag 1 Uhr

1 gute Ruzküh.

Geschwister Gutekunst.

Deutsche demokratische Partei.

Ortsgruppe Nagold.

Zum Sonntag, 16. Februar, abends 7 Uhr
findet im Traubensaal eine

Mitgliederversammlung

hat.

- Tagesordnung:
1. Vortrag von Professor Bauer über „Landes-
und Nationalversammlung“.
 2. Endgültige Wahl des Gesamtvorstandes und Aus-
schusses.
 3. Besprechung von Organisationsfragen.

Vollständiges Erscheinen der Mitglieder (Männer und
Frauen) ist dringend notwendig.

Emmingen.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns hiermit Sie zu unserer am
Samstag, den 15. Februar 1919.

stattfindenden Hochzeit in das Gasthaus zum
„Lamm“ in Emmingen freundlich einzuladen.

Robert Martini | Pauline Martini

Goldarbeiter | Tochter des
Pfleger des verstorb. | Johann Georg Martini
Ferd. Dalmir, Maurer. | Zimmerer hier.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besond. Einladung ent-
gegenzunehmen.

Chemische Fabrik

vergißt für den Verkauf eines in der gesamten Industrie
und Handwerk gebrauchten großen Konsum-Artikels
besitzweise die

Alleinvertretung mit Lager.

Verkauft wird: Energische, probenweise Persönlichkeit
mit nachweislich guten Beziehungen
zu Industrie- und Handwerkerkreisen. Kleines Kapital,
da Abnahme auf feste Rechnung.

Geboten wird: Sehr gute angenehme Existenz mit
hohem Einkommen. Wichtigende
Ausstattung und Einberbeitung durch das Stammhaus.
Gest. ausführliche Offerten mit Referenzen unter R
834 an die Haasestr. & Vogler A.-G., Stuttgart.

Kräutertee

nach Rucipp
Lindenblüte, Pfefferminz
Baldrian, Fenchel etc.
Blutreinigungstee
Blasen- und Nierentee
Frauentee, Hustentee
Lungentee, Rheumatee
etc. empfohlen
Geschw. Frey
Schloßstr. 50, Nagold.

Verkaufe (einen bereit-
nach neuen

Auszug

für jüngeren Mann passend
Wer? laßt die Geschäftsstelle.



Borrtüg bei
G. W. Zaiser, Nagold.

Sucht Stelle.

Ein 17jähriger, sehr kri-
stiger Bauernsohn, der gut
mit Pferden umgehen kann.
Angebot an die Geschäfts-
stelle d. M. erbeten.

Zuverlässige Köchin

auf 1. März gesucht!

Offerten an
Frau Albert Kuppenheim,
Villa Kuppenheim,
Pforzheim.

Kluge Damen und Herrn

wenden sich in
Heiratsangelegenheiten

Frau Josefine Hofmann,
Stuttgart, Hackstr. 16 I.
Prima Ref. Telefon 6327.

Harmonium

liefern preiswert franko; auch
mit Spielapparat, mit
dem jeder sofort ohne Noten
stimmtig spielen kann.
E. Roggenbauch,
Obertürkheim.

Noten Kreuz Nagold.

1. Wer des Sanitätskomitee oder des sonstigen Ver-
stellungen des Noten Kreuzes während des Kriegs Ge-
brauchsgegenstände nur zur Verfügung und nicht schenkweise
überlassen hat, wolle etwaige Eigentumsansprüche binnen
einer Woche geltend machen, widrigenfalls angenommen
würde, daß auf solche verzichtet wird.

2. Dem Bezirk stehen aus Restbeständen 400 Paar
Socken zur Verfügung, welche zu dem ermäßigten Preis
von 2 A an bedürftige Kriegsfamilien abgegeben werden
sollen. Die Druckschliffe werden ersucht, ihren Bedarf
binnen einer Woche hier anzumelden, damit eine sachgem.
Verteilung erfolgen kann.

Der Bezirksvertreter: Landwehrkapitän Ullrich.

Gündringen, 13 Febr. 1919.

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt teilen wir Verwandten und Be-
kannten die traurige Nachricht mit, daß unser
inwigstgeliebter Sohn

Valentin Müller

Vizefeldwebel

nach 15 jähriger Dienstzeit am 26ten Oktober 1918
an Influenza im Alter von nicht ganz 36 Jahren
in Deutsch-Süd-Westafrika den Heldentod fürs
Vaterland gestorben ist.

Die trauernden Eltern:

Karl Müller und Frau Justine Müller,
geb. Hahner.

Die Braut: Berta Bucher.

Die Pflegerin: Magdalene Walz und
Maria Schuh.

Nagold, den 13. Februar 1919.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt machen wir teilnehmenden Freun-
den und Bekannten die schmerzliche Mitteilung,
daß unsre liebe, gute Tochter und Schwester

Emilie

im Alter von 20 Jahren gestern nachm. 4 Uhr
nach längerem Leiden sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten
Eltern und Geschwister:

Jakob Fohnacht mit Frau und Kindern.

Beerdigung Samstag nachm. 2 Uhr vom
Begräbnisplatz kirchhaus aus.

Holzbrunn, 12. Febr. 1919.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Vater, Großvater, Onkel u. Bruder

Georg Niethammer (Baeh)

ist nach längerem Leiden heute abend sanft in dem
Herrn entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Samstag nachm. 1 1/2 Uhr

Wand-Notiz-Kalender

mit Marktverzeichnis und Posttarif
empfiehlt

G. W. ZAISER, Buchhandlg., Nagold.

